

Jürgen Kocka

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft - Dimensionen eines Konfliktverhältnisses*



Prof. Dr. Jürgen Kocka, geb. 1941 in Haindorf, Studium der Geschichte in Marburg, Wien, Berlin und Chapel Hill, N.C./USA, lehrte von 1973 bis 1988 Allgemeine Geschichte und Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld, war u.a. Stiftungsprofessor für Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin und ist seit 2001 Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Was heißt Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft ist ein alter Begriff der politischen Sprache Europas. *Societas civilis* - so die lateinische Form - bezog sich auf die gesellschaftliche und politische Ordnung jenseits von Familie und Haus, auf das Zusammenleben im Gemeinwesen, auf das allgemeine Wohl über die partikularen Interessen der einzelnen Geschlechter und Stände hinaus.

Civil Society, *société civile*, auf Deutsch Zivil- oder Bürgergesellschaft wurde dann ein zentraler Begriff in den Schriften der Aufklärer des 17. und 18. Jahrhunderts, beispielsweise bei Immanuel Kant. Es war ein positiv besetzter Begriff und bezeichnete eine grundsätzlich neue und erst noch zu verwirklichende, insofern auch utopische Form des Zusammenlebens von Bürgern und Bürgerinnen, die ohne viel staatliche Gängelung nach eigener Regie, selbstständig, friedlich, gleichberechtigt und vernünftig miteinander umgingen. Dieser Begriff Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft war ein Kürzel für eine neue, moderne Gesellschaft, die sich absetzen sollte einerseits vom gängelnden Absolutismus, der damals besonders auf dem europäischen Kontinent, weniger in England, vorherrschte; für eine Gesellschaft, die sich auch absetzen sollte von religiöser Orthodoxie, nicht notwendigerweise von jeder Religion; eine Gesellschaft, die sich überdies absetzen sollte von den herkömmlichen Mustern sozialer Ungleichheit, von ständischer, durch Geburt bedingter Ungleichheit vor allem.

Im 19. Jahrhundert wirkte dieser Begriff bei einigen Autoren weiter, beispielsweise bei Alexis de Tocqueville, für dessen bewundernde und zugleich besorgte Beschreibung der amerikanischen Gesellschaft er eine zentrale Rolle spielte, indem er auf die Selbstorganisation der Gesellschaft in Form von Vereinen und in Form von Genossenschaften besonders hinwies.

* Überarbeitete Fassung eines Referats auf dem Symposium der Otto-Brenner-Stiftung in Berlin am 25. Juni 2003: Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft.

Bei anderen Autoren wurde der Begriff stark verändert. Da haben Hegel und Marx eine große Rolle gespielt. Bei Marx wurde aus dem Begriff Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft der Begriff bürgerliche Gesellschaft, und der wurde zunehmend als ein kritischer Begriff verstanden. Bis dahin hatte Bürgergesellschaft/Zivilgesellschaft sich an der Vorstellung vom Bürger als citizen oder citoyen orientiert. Nun trat dagegen die Bedeutungsschicht nach vorne, die den Bürger als bourgeois identifizierte. Und so wurde bürgerliche Gesellschaft nun eher zu einem kritischen, zu einem polemischen Begriff vor allem der marxistischen Linken, aber auch in anderen politischen Milieus.

Während „bürgerliche Gesellschaft“ als kritischer Begriff weiterlebte, trat „Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft“ in der politischen und sozialen Sprache ganz in den Hintergrund. „Zivilgesellschaft“ spielte bis in die 1960-er/1970er-Jahre so gut wie keine Rolle, aber seit den 1980er-Jahren hat der Begriff eine fulminante Renaissance erlebt. Und zwar vor allem zunächst einmal dadurch, dass er in Ost-Mitteleuropa von dortigen Dissidenten wie Havel, Geremek oder Konrád benutzt wurde. Sie wandten sich mit ihm gegen die Diktatur, gegen die kommunistische Diktatur und die sowjetische Hegemonie. „Zivilgesellschaft“ stand für eine neue, freie, selbstregulierte Gesellschaft, der die Luft nicht weggenommen sein würde zum eigenen Atmen. Und so beobachteten wir seit den 1980er-Jahren dort - aber übrigens auch unabhängig davon in der südafrikanischen und der lateinamerikanischen Diskussion - ein mehr oder minder bewusstes Anknüpfen an die alte positive Bedeutungsschicht von „Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft“ im Sinne des 18. und frühen 19. Jahrhunderts.

Als dieser Begriff sich dann in den westlichen Sprachen wieder breit machte, ging es darum, wie er auf Deutsch zu fassen sei, und da war „bürgerliche Gesellschaft“ zu sehr als polemischer/kritischer Begriff besetzt, als dass man ihn einfach in positivem Sinn hätte benutzen können. Und so wurde das künstlich klingende Wort „Zivilgesellschaft“ verwandt.

Zur Zivilgesellschaft gehören selbstorganisierte Initiativen, Zirkel, Vereine und Organisationen, die weder der staatlichen Sphäre und ihren Institutionen zuzuschlagen sind, noch zum Markt rechnen und drittens auch nicht in der Privatsphäre angesiedelt sind. Es geht um Initiativen, Netzwerke, Organisationen zwischen Staat, Markt und Privatsphäre. So kann man es umschreiben, handelt sich damit aber eine ganze Reihe von Definitionsproblemen ein, auf die ich jetzt nicht eingehen will.

Damit reicht das breite Spektrum, das wir in den Blick nehmen, wenn wir von Zivilgesellschaft sprechen, von den Nachbarschaftshilfen, Stadtteilinitiativen und Friedensdemonstrationen auf der einen Seite über Vereine, Stiftungen und mäzenatisches Handeln bis hin zu den so genannten NGOs - Non Government Organisations - wie „Amnesty International“, „Greenpeace“ oder „Attac“.

Was charakterisiert dieses breite Spektrum von Phänomenen? Was ist der gemeinsame Nenner, der begründet, dass man so unterschiedliche Dinge wie die Nachbarschaftshilfe, die ehrenamtliche Altenbetreuung oder eine Bürgerinitiative auf der einen Seite, die Stiftungen zum anderen und auch noch die NGOs, die in Davos oder Porto Allegre protestieren, zusammenfasst?

Es geht bei all diesen Phänomenen erstens um Selbstorganisation durch Bürger und Bürgerinnen (citoyens und citoyennes), unter Betonung von Selbständigkeit. Nicht unbedingt individuelle Selbständigkeit, auch gemeinsame, genossenschaftliche Selbständigkeit ist gemeint, aber Selbständigkeit, eigene Regie, Selbstorganisation sind die Stichwörter. Zweitens: Es geht um Verhalten im öffentlichem Raum. Es geht um Tätigkeit, zu der auch der Austausch, die Verständigung, der Konflikt, die Diskussion in der Öffentlichkeit gehören - einschließlich der Anerkennung von Vielfalt und Heterogenität. Drittens: Es geht um friedli-

che Arbeit; wohl geht es um Konflikte, aber im Begriff Zivilgesellschaft steckt sehr stark das Nicht-Militärische, das Nicht-Gewaltsame. Viertens: Es ist ein Typus von sozialem Verhalten gemeint, der zwar ausgeht von den jeweils konkreten, eigenen, spezifischen, partikularen Interessen und Erfahrungen der Einzelnen, aber sich doch gleichzeitig auf allgemeinere Dinge bezieht, auf das allgemeine Wohl, so unterschiedlich das die einzelnen Akteure und Akteurinnen auch definieren mögen. Zivilgesellschaftliches Verhalten zielt über den Tellerrand des eigenen egoistischen Interesses und der eigenen partikularen Erfahrung ein Stück weit hinaus, um sich um allgemeinere Dinge zu kümmern und sich dafür zu engagieren - Stichwort „Gemeinsinn“. Fünftens: Zivilgesellschaftlich ist eine Tätigkeit, die nicht in Ausübung eines Amtes oder als Teil einer großen Institution betrieben wird und eben auch nicht zum Zweck des Erwerbs, des Gewinns, also nicht als Teil eines Marktsystems, sondern mit dem Ziel des bürgerschaftlichen Engagements, als „Bürgerarbeit“. Und schließlich schwingt bei dem Wort Zivilgesellschaft immer so etwas mit wie Zivilität, eine gewisse Kultur des mündigen, friedlichen, selbständigen, nicht egoistischen oder nicht nur egoistischen Denkens, Handelns und Kommunizierens. Dazu gehört interne Partizipation in den zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Die Attraktivität des Begriffes heute

Warum ist nun Zivilgesellschaft heute so aktuell und ein so zentrales Thema - manche sagen: „Modethema“ - der öffentlichen Diskussion? Ich erkläre es mir folgendermaßen: Zivilgesellschaft, der Begriff, das Programm der Zivilgesellschaft, die Stoßrichtung dessen, wofür Zivilgesellschaft steht, grenzt sich nach drei Richtungen hin ab:

Erstens: gegen einen übermächtigen, gängelnden Obrigkeitsstaat, gegen zu viel Staat. Deshalb habe ich die Entstehungssituation im 18. Jahrhundert, im Absolutismus, erwähnt und die Situation, in der der Begriff seine Renaissance erlebte, nämlich die diktatorischen Verhältnisse des späten 20. Jahrhunderts. Gegen einen übermächtigen, gängelnden, diktatorischen, nicht gezähmten, sich übernehmenden Staat richtete sich diese Programmatik von Zivilgesellschaft. Zwar wissen wir, dass wir heute und hier nicht in einer Diktatur und nicht in einem absolutistischen System leben, sondern in einer Demokratie. Aber viele von uns haben das Gefühl, und darüber wird viel diskutiert, dass unser Sozialstaat an seine Grenzen gestoßen und dabei ist, sich zu übernehmen. Insofern trifft das zivilgesellschaftliche Programm auch bei uns einen zentralen Nerv. Wir erleben dies ja gerade in der Debatte über die schmerzlichen Reformen, die uns in der Sozialpolitik bevorstehen und bevorstehen müssen. Das ist die eine Stoßrichtung von Zivilgesellschaft: gegen den gängelnden, sich übernehmenden, allzu fürsorglichen, einengenden Staat.

Zweitens: unterscheidet sich zivilgesellschaftliches Handeln aber auch vom marktrationalen Handeln. Es geht dabei eben nicht um Tauschvorgänge, Gewinnerorientierung, individuelle Nutzenmaximierung und Opportunitätskosten. Angesichts der Tatsache, dass wir in den letzten Jahrzehnten einen präzedenzlosen Siegeszug des Kapitalismus erlebt haben, weltweit nach 1989/90/91, aber auch als Kommerzialisierung bis in die innersten Bereiche unseres Lebens hinein, scheint das zivilgesellschaftliche Handeln eine Alternative auch zu der Omnipräsenz und Übermacht des Marktes zu bieten. Damit bietet das zivilgesellschaftliche Programm die Chance zu einer neuen Art von Kapitalismuskritik.

Drittens: Seit einigen Jahrzehnten haben viele das Gefühl der Fragmentarisierung unserer Gesellschaft, die Erfahrung allzu rasch fortschreitender Individualisierung. Die Frage, was

denn moderne Gesellschaften überhaupt noch zusammen hält, wird häufig gestellt. Und da bietet das zivilgesellschaftliche Programm mit dem Ehrenamt im Zentrum ein kommunitaristisches, Gemeinsinn betonendes Gegenprogramm an.

Dass sich der Staat übernimmt, der Markt zu mächtig wird und die Gesellschaft fragmentarisiert - diese drei Besorgnisse definieren die mentale Situation, in der das zivilgesellschaftliche Programm heute seine Attraktivität entfaltet.

Aber es gibt noch einen anderen Grund, warum die Debatte über Zivilgesellschaft und auch die Wirklichkeit von Zivilgesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten so an Boden gewonnen haben. Im Vergleich zur Generation unserer Großeltern sind wir viel wohlhabender; der Bildungsstand hat trotz PISA zugenommen; und Kommunikationsmittel stehen uns zur Verfügung, die früheren Generationen nicht zur Verfügung standen. Wir haben auch mehr Zeit jenseits der Erwerbsarbeit. Von daher ist die Gesellschaft sehr viel fähiger zu zivilgesellschaftlichem Engagement, als sie es in früherer Zeit gewesen sein kann. Zur Zeit, als der Sozialstaat entstand, in den 1880er-Jahren, aber auch zur Zeit, als er so kräftig ausgebaut wurde, nämlich in der frühen Bundesrepublik, da war häufig nur die Alternative: Entweder geschah etwas vom Staat her, von oben - oder gar nicht. Das hat sich geändert. Die Kraft zur gesellschaftlichen Selbstorganisation ist gewachsen. Die Ressource Zivilgesellschaftlichkeit hat zugenommen. Die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften haben über anderthalb Jahrhundert hinweg erheblich und entscheidend dazu beigetragen.

Das scheinen die Gründe zu sein, warum dieser Begriff derzeit eine solche Karriere macht. Aber wie es die Enquete-Kommission des Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement gezeigt hat: Nicht nur der Begriff hat an Boden gewonnen, auch bürgerschaftliches Engagement in seinen verschiedensten Ausprägungen ist stark verbreitet, wenngleich Zivilgesellschaft weiterhin einen Wunsch-, einen Sollzustand bezeichnet, der noch nirgendwo völlig erreicht ist: ein Stück Utopie.

Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

Zunächst ist die Affinität, die Entsprechung, die Wahlverwandschaft zwischen Zivilgesellschaft und Gewerkschaften zu betonen. Als eine selbst organisierte, in sich demokratische, sich selbst tragende gesellschaftliche Bewegung und Organisation - weder zum Markt noch zum Staat gehörig - sind die Gewerkschaften seit jeher ein Stück der sich allmählich entwickelnden Zivilgesellschaft gewesen, in deutlicher Entsprechung zu jenen Prinzipien, mit denen ich Zivilgesellschaft definiert habe: Selbstorganisation; Öffentlichkeitsbezug; konfliktbereit, aber prinzipiell gewaltfrei; und jedenfalls mit dem Anspruch, nicht nur die Interessen der eigenen Mitglieder resolut zu vertreten (das auch und vor allem), sondern sich zugleich für die allgemeinen Dinge zu engagieren, für das allgemeine Wohl (so wie man es versteht und deutet). In der Tat glaube ich, dass die nicht-kommunistischen Arbeiterbewegungen die stärksten zivilgesellschaftlichen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt haben, wenn sie sich auch selten so bezeichnet haben. Die Arbeiterbewegung hat große Bevölkerungsschichten, die Arbeiterklasse, das Proletariat, zum ersten Mal für die Zivilgesellschaft gewonnen.

Wo also ist das Konfliktverhältnis? Ich sehe drei Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft heute:

Zum einen: Ehrenamtliche Tätigkeit war und ist zwar ein wichtiges Element gewerkschaftlicher Arbeit. Wo käme die IG Metall hin, wenn sie alle ihre Mitglieder für ihren Einsatz

bezahlen müsste - ihren Einsatz in den Betrieben, im Wahlkampf, bei der Demonstration. Andererseits bestehen die großen Gewerkschaften aus mächtigen bürokratischen Apparaten mit vielen voll und zum Teil sehr gut bezahlten Funktionären, die Gewerkschaftsarbeit als Erwerbsarbeit betreiben - Dienstleistungsarbeit im Austausch gegen Lohn und Gehalt. Insofern sind Gewerkschaften keine zivilgesellschaftlichen Phänomene, jedenfalls nicht ganz. Aber das mag für viele Vereine, Netzwerke, NGOs ebenfalls zutreffen; und deshalb sollte man das Kriterium nicht überbewerten.

Wichtiger ist der *zweite Gegensatz* zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft: Die Gewerkschaften haben sich, jedenfalls in Deutschland seit der Zwischenkriegszeit, seit der frühen Weimarer Republik und verstärkt in der Bundesrepublik - zu den engsten Verbündeten des regelnden, verbotenden, gängelnden Sozial- und Interventionsstaats entwickelt. Im Protest gegen dessen fürsorglich einengende Gängelung aber gewinnt das Prinzip der Zivilgesellschaft an Glanz. Die Stärkung der Zivilgesellschaft heute erfordert zwar nicht den Abbau des Sozialstaats. Zwischen Zivilgesellschaft und dem Staat besteht kein Gegensatz. Zivilgesellschaft kann den demokratischen Staat - und auch den Sozialstaat - keinesfalls ersetzen. Aber die Stärkung der Zivilgesellschaft wird nur dann möglich sein, wenn der Staat ihr Luft lässt, sich ein Stück zurücknimmt und all die Überregulierung beseitigt, die sich in den letzten Jahrzehnten - besonders in Deutschland mit seiner uralten bürokratischen Tradition - festgesetzt hat. In dieser Spannung zwischen überregulierendem Staat und spielraumbedürftiger Zivilgesellschaft stehen die Gewerkschaften fast immer auf der Seite des Staats.

Und das bringt mich zum *dritten Gegensatz* zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Zur Zivilgesellschaft gehört Beweglichkeit, gehört die große Zahl kleiner Initiativen, gehört Eigeninitiative, die Lust an der Selbständigkeit, das Vertrauen auf eigene Kraft, auch eine gewisse Bereitschaft zum Experiment und zum Risiko, gehört auch ein Stück Großzügigkeit und Spontaneität. All dem stehen gewerkschaftliche Prinzipien heute - anders vielleicht als früher - entgegen, fast möchte man sagen: diametral entgegen. Gewerkschaften stehen für Regulierung, Sicherheit, Besitzstände, Misstrauen in individuelle Initiativen und Experimente. Großzügigkeit ist ihnen fremd, Spontaneität erst recht. Hier liegt der größte Gegensatz: zwischen der Kultur der Zivilgesellschaft und der Kultur der Gewerkschaften - Kultur im Sinn von Lebensorientierung, Weltbild, Verhaltensstil und Mentalität.

Vielleicht finden einige diese Kritik übertrieben. Sie werden mir widersprechen. Aber das Bild von den Gewerkschaften als den großen Bremsern der Nation ist ja keine Erfindung des bösen Klassenfeinds oder von dummen Journalisten. Es mag übertrieben sein, und alle Gewerkschaften sind nicht über einen Leisten zu schlagen. Doch ganz ohne Realitätsbezug ist das Bild von Gewerkschaften als den großen Bremsern nicht. Schon gar nicht in Bezug auf IG Metall und Ver.di.

Zivilgesellschaft aus gewerkschaftlicher Perspektive

Wie müsste eine Zivilgesellschaft beschaffen sein, die aus gewerkschaftlicher Perspektive akzeptabel ist? Es müsste eine Zivilgesellschaft sein, die sich nicht als Gegensatz zur Arbeitsgesellschaft versteht. Bürgerarbeit - also nicht entlohnte, ehrenamtliche Arbeit - kann keine Alternative zur Erwerbsarbeit sein, setzt diese vielmehr als Basis voraus. Erwerbsarbeit ändert sich, ist zweifellos nicht alles. Aber Erwerbsarbeit - in abhängiger Stellung oder selbständig oder in einer Mischung von beidem - bleibt das wichtigste Mittel, das den Einzelnen Einkommen, Anerkennung und Zugehörigkeit verschafft.

Es müsste eine Zivilgesellschaft sein, die versteht, dass Selbständigkeit und Eigeninitiative nicht nur individuelle Selbständigkeit und Eigeninitiative ist, sondern auch genossenschaftliche Selbständigkeit und Mitgestaltung von Gruppen wie Gewerkschaften. Zivilgesellschaft heißt nicht Individualisierung um jeden Preis, sondern eine Gesellschaft mit intermediären Gruppen und auch kollektiven Teilhaberechten.

Es müsste eine Zivilgesellschaft sein, die nicht im Gegensatz zum Sozialstaat steht, sondern die Notwendigkeit von Schutz und Risikoabsicherung auch durch sozialpolitische Maßnahmen anerkennt. Zivilgesellschaft ist keine Risikogesellschaft total.

Wie müssten Gewerkschaften beschaffen sein, die Stützen und nicht Opponenten von Zivilgesellschaft sind? Solche Gewerkschaften müssten sich mehr auf ihre soziale Bewegungstradition besinnen als auf ihre Staatsnähe und ihre bürokratische Macht.

Solche Gewerkschaften dürften sich nicht gegen die neue Vielfalt und wachsende Flexibilisierung der Arbeitswelt stemmen - womit sie ohnehin früher oder später scheitern -, sondern auf die Absicherung der mit der neuen Beweglichkeit gegebenen Risiken. Sie sollten, um auf Forschungsergebnisse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zu kommen, auf die Regelung von Übergangsmärkten setzen, nicht auf die Verteidigung des lebenslangen Normalarbeitsverhältnisses, das ohnehin nie allen Erwerbstätigen offen stand.

Zivilgesellschaftlich orientierte Gewerkschaften würden einem Stück Entregulierung zustimmen und zwar keine Zerstörung des Sozialstaats hinnehmen, wohl aber dessen Verschlingung. Sie würden mit zunehmender Vielfalt zu leben wissen und weniger auf Gleichheit setzen als bisher - oder doch Gleichheit als gleiche Freiheit und Gerechtigkeit als Leistungs- und Teilhabegerechtigkeit interpretieren (nicht so sehr als Verteilungsgerechtigkeit).

Sie würden ihre Mitglieder zu mobilisieren und zu aktivieren versuchen, statt sie als Objekte von Versorgung und Regulierung zu sehen.

Mir scheint es wahrscheinlicher, dass die Zivilgesellschaft gewerkschaftskompatibel wird als dass die Gewerkschaften im Vollsinn des Wortes zivilgesellschaftskompetent werden. Aber unmöglich ist es nicht.

Interessenvertretung und Allgemeinwohl

Ich schließe mit einem Gedanken zum Verhältnis von Gewerkschaften und Allgemeinwohl - so schwierig die Kategorie des Allgemeinwohls auch ist. Ich bin Historiker und habe viel zur Geschichte der Gewerkschaften gearbeitet. Ich war immer beeindruckt, wie sehr es den deutschen Gewerkschaften im 19. und auch weite Strecken des 20. Jahrhunderts gelang, die entschiedene Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder mit der Beförderung des Gemeinwohls zu verbinden. In Deutschland gelang das den Gewerkschaften mehr als etwa in England oder den USA. Ich denke an die großen Beiträge der nicht-kommunistischen Gewerkschaften zur Emanzipation der breiten Bevölkerung, zur Durchsetzung von Freiheits- und Teilhaberechten, zur Demokratisierung und Modernisierung der Gesellschaft.

Die Vereinbarkeit von partikularer Interessenvertretung und Förderung des allgemeinen Wohls war früher leichter. Heute ist beides schwieriger auf einen Nenner zu bringen. Das hat mehrere Gründe, u.a., dass heute vieles von dem erreicht ist, was früher mühsam zu erkämpfen war. Ich nenne aber zwei besondere Gründe, die mit der Neuheit der heutigen Situation zusammenhängen.

Zum einen ist da die seit einem Vierteljahrhundert schubweise wachsende Massenarbeitslosigkeit. Im Verhältnis zu ihr sind die Gewerkschaften zwar keinesfalls indifferent, bestehen vielmehr auf der Vollbeschäftigung als Ziel und wenden sich gegen jede Rückstufung der Erwerbsarbeit in ihrer Bedeutung für die sozialen Sicherungssysteme und für die Gesellschaft überhaupt. Aber angesichts verbreiteter Massenarbeitslosigkeit ist nur allzu deutlich geworden, dass die Gewerkschaften primär Vertretungen der Interessen von Arbeitsplatzbesitzern sind. Indem sie deren Interessen resolut vertreten, erschweren sie die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Was denen, die drin sind, nützt, erschwert es denen, die draußen sind, reinzukommen.

Zum andern die Nachhaltigkeit. Damit meine ich nicht nur die Problematik der zukünftigen Umwelt, sondern auch die Zukunft der nächsten Generationen. Es hängt sicher mit Umweltkrise und Umweltbewusstsein, aber auch mit dem demographischen Umbruch und der Schrumpfung/Alterung unserer Gesellschaft zusammen, dass heute die Zukunft in dringlicherer Weise zum politischen Problem wird. Es wächst das Bewusstsein, dass die Gegenwart nicht auf Kosten der Zukunft, die heutige Generation einschließlich der Alten nicht auf Kosten der nächsten und übernächsten Generation leben darf - wenn sie nicht gegen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit verstoßen will, zu der eine intergenerationelle Komponente gehört. Die Rücksicht auf die nächste Generation drückt sich nicht zuletzt im Verzicht auf immer weiter wachsende öffentliche Verschuldung aus, die wir ja, wenn nicht umgesteuert wird oder unverhoffte, ausgedehnte Wachstumsschübe alles in Ordnung bringen, den nächsten Generationen als Last und Einschränkung weiterreichen. Es ist nicht wirklich zu sehen, dass die Gewerkschaften dem Rechnung tragen.

All das hat nichts mit billiger Schuldzuweisung zu tun. In beiden Hinsichten - Arbeitslosigkeitsbekämpfung als zentrales gerechtigkeitspolitisches Ziel und Generationengerechtigkeit als Desiderat - ist nicht leicht zu sehen, wie sich Gewerkschaften darauf einstellen können, ohne die Erwartungen ihrer Mitglieder zu enttäuschen und ohne das Gesetz zu ändern, unter dem sie angetreten sind und das sie verinnerlicht haben.

Die Vereinbarung von Mitgliederinteressenvertretung und Gemeinwohlorientierung - auch das ein zivilgesellschaftliches Prinzip - ist für die Gewerkschaften schwieriger geworden. Doch sie kann und muss wieder gelingen, im Interesse der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft, die der Gewerkschaften bedarf.